
Hamburg, 18. August 2010

Leiharbeit ist Sklaverei

Mehr als jeder dritte neue Arbeitsplatz wird derzeit für ein Leiharbeitsverhältnis ausgeschrieben.. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraction hervor. Wurden der der BA im Januar noch knapp 28.000 neue Zeitarbeitsstellen, waren es im Juni schon fast 64.500.

Damit haben sich die neuen Jobangebote von Leiharbeitsfirmen seit Jahresanfang mehr als verdoppelt, während die Zahl der übrigen Stellen lediglich um ein gutes Drittel zulegen.

Das hat Ursachen: Die politisch Verantwortlichen haben in den letzten Jahren sehr viel dafür getan, das Leiharbeit mittlerweile als „Branche“ und „Wirtschaftszweig“ gilt.

Warum boomt die Leiharbeit?

2002 wurden die Weichen gestellt, die Arbeits- und Schutzrechte in den Betrieben erheblich verschlechterte. Es war **Gerhard Schröder**, damaliger Bundeskanzler, der den Anstoß zur Umsetzung gab. Durchgesetzt hat die völlige Deregulierung der Leiharbeit der damalige SPD-Generalsekretär der SPD **Olaf Scholz**.

Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) wurden insbesondere folgende Schutzvorschriften beseitigt, beziehungsweise eingeschränkt:

- Das sogenannte Synchronisationsverbot, mit dem verhindert werden sollte, dass Leiharbeiter nur für begrenzte Zeit und nur für ein bestimmtes Unternehmen eingestellt werden, wurde aufgehoben.
- Leiharbeiter können seitdem unbegrenzt an ein bestimmtes Unternehmen ausgeliehen werden. Vorher galt eine Begrenzung von zwölf Monaten.
- Der Arbeitsverleiher muss nicht mehr über den Inhalt der Arbeit, erforderliche Qualifikation usw. informieren.
- Das Wiedereinstellungsverbot, mit dem verhindert werden sollte, dass Verleiher beliebig heuern und feuern können wurde abgeschafft.

Zu Recht stellt die IG Metall fest: „Deutsche Leiharbeitsgesetze verstoßen gegen europäisches Recht.“ Es widerspricht dem Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, nachdem jede/r, ohne Unterschied, das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit hat.

Bitte wenden

Was fordert DIE LINKE. in Sachen Leiharbeit ?

Leiharbeit muss strikt begrenzt und gerecht gestaltet werden.

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.** Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter müssen ab dem ersten Einsatztag in einem entleihenden Unternehmen den gleichen Lohn erhalten, ohne dass ein Tarifvertrag schlechtere Bedingungen vorsehen darf. Hierdurch und durch zusätzliche Flexibilitätsvergütung wollen wir Leiharbeit zurückdrängen.
- **Begrenzung der Überlassung.** Länger als drei Monate darf keine Leiharbeiterin und kein Leiharbeiter verliehen werden.
- **Ausweitung der Mitbestimmung.** Betriebsräte müssen ebenso beim Einsatz von Leiharbeit beteiligt werden, wie bei Festangestellten.
- **Verbot von Leiharbeit in bestreikten Betrieben.**
- **Verbot der Synchronisation:** Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter dürfen von den Leiharbeitsfirmen nicht nur für die Dauer ihres Verleihs an ein bestimmtes Unternehmen beschäftigt werden, sondern haben ein reguläres Anstellungsverhältnis zu bekommen.

Es geht auch anders!

Sabine Wils Europaabgeordnete der LINKEN. aus Hamburg, verweist darauf, dass in Frankreich die Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer besser bezahlt werden als die Stammbeschafteten. Denn sie erhalten Geld für die höhere Belastung und Flexibilität. Deswegen werden Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nicht gegen Stammbeschafteten zum Einsatz gebracht

AG betrieb & gewerkschaft in DIE LINKE. Hamburg

Die AG der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der LINKEN. in Hamburg erreicht Ihr unter:

E.-Mail: ag-bg@die-linke-hh.de Homepage: www.die-linke-hh.de